Ressort: Technik

SPD fordert Akteneinsichtsrecht für Journalisten

Berlin, 06.03.2019, 21:10 Uhr

GDN - Bundesbehörden einschließlich Kanzleramt und Ministerien sollen nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion künftig auf Anfrage von Medien zügig Einsicht in wichtige, für die öffentliche Diskussion relevante Dokumente ermöglichen. Dies geht aus einem Entwurf der Fraktion für ein "Gesetz zur Informationspflicht von Behörden des Bundes gegenüber Medien" hervor, über den der "Tagesspiegel" (Donnerstagsausgabe) berichtet.

Mit dem Vorhaben soll die im Koalitionsvertrag verabredete Stärkung journalistischer Informationsrechte umgesetzt werden. Bisher waren Behörden und Regierungsstellen im Presserecht nur verpflichtet, auf mündlichem oder schriftlichem Weg Auskünfte auf Fragen zu geben. Jetzt heißt es: "Der Informationszugangsanspruch umfasst auch den Anspruch auf Einsicht in die den Informationszugangsanspruch betreffenden Unterlagen." Die behördliche Auskunftspflicht bleibt daneben bestehen. Zudem soll es möglich sein, schneller als bisher an Daten, Akten oder Statistiken zu kommen: "Die Behörden des Bundes sind verpflichtet, den Vertreterinnen und Vertretern der Medien, die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Informationen kostenlos, vollständig, wahrheitsgemäß und unverzüglich zu erteilen", heißt es ausdrücklich.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-121141/spd-fordert-akteneinsichtsrecht-fuer-journalisten.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619